

LOYALITÄTEN IM POLYETHNISCHEN, MULTIKONFESSIONELLEN NATIONALSTAAT: DIE ERSTE TSCHECHOSLOWAKISCHE REPUBLIK

(Tagung der Historischen Kommission der Sudetenländer e.V.,
April 1998 und April 1999)

Eine Zwischenbilanz

„Loyalität“ ist gerade in der Zeitperiode zwischen den Weltkriegen ein häufig verwendeter Quellenbegriff, nicht weniger häufig taucht „Loyalität“ als Begriff zur historiographischen Beschreibung und Analyse auf. Dennoch ist Loyalität – anders als der semiotisch verwandte Begriff der „Treue“ – als Quellenbegriff nie systematisch aufgearbeitet worden, und als Forschungsbegriff ist Loyalität – anders als die ausführlich diskutierten Konzepte von „Identität“ oder „obligations“ – nicht profiliert. Dabei liegt es nahe, Loyalität als quellennahen Begriff konzeptionell für die historische Analyse zu schärfen.

Der Tagung wurde ein Begriff von Loyalität zugrunde gelegt, der drei Momente als notwendige Kriterien umfaßt: 1. Loyalität als eine Disposition aufzufassen, die Handlungen bedingt, aber nicht mit den Ergebnissen der Handlungen verwechselt werden darf; 2. Loyalität als affektive Bindung eines Individuums an ein Kollektivum zu verstehen und 3. Loyalität als notwendige Voraussetzung für die Existenz von legitimer Herrschaft bzw. legitimer Kollektivsubjekte wie Nation etc. anzusehen.

Versteht man Loyalität in diesem Sinne, so hat der Begriff als Forschungskonzept den Vorzug, Individuen und Kollektive zusammen in den Blick zu nehmen. Wie tiefgreifend etwa der Wechsel von dem Kaiserreich Österreich-Ungarn zum Tschechoslowakischen Nationalstaat 1918 war, läßt sich wohl mit kaum einem Begriff so genau beschreiben wie mit dem der Loyalität. Denn der Wechsel der staatlichen Ordnung bedeutete für den einzelnen, sofern seine Lebensbezüge über familiäre, kommunale und regionale Bezüge hinausreichten, mit dem Anspruch einer Neuorientierung von Loyalität konfrontiert zu sein. Ob der Loyalitätswechsel dem Umbruch vorausging oder ihm nachfolgte, in welcher chronologischen Folge und in welchem Maße verschiedene Gruppen Loyalitätswechsel von der alten zur neuen Ordnung hin vollzogen, war für die politische Kultur des neugegründeten Nationalstaates von wesentlicher Bedeutung.

Mit welchen Problemen die Ablösung alter Loyalitäten verbunden war, wurde beispielhaft im Referat von Dušan Kováč (Bratislava) über die „Loyalität der Slowaken gegenüber der ČSR“ deutlich. Kováč betonte dabei den großen Unterschied zwischen einer slowakischen Elite, die im Verlauf des Weltkriegs ihre Loyalität von der Stephanskronen gelöst und nach neuen Orientierungen gesucht hatte, und weiten Bevölkerungskreisen, die von dem Loyalitätswechsel bis zum Zeitpunkt der Staats-

gründung und darüber hinaus nicht ergriffen wurden. Die Entstehung der ČSR stellte die Slowaken vor die Frage, wie sie ihre eigene Position im Nationalstaat begriffen: Betrachteten sie sich als Teil der Staatsnation, so bedeutete Staatsloyalität zugleich Loyalität gegenüber dem eigenen Ethnos. Bestimmten sie ihre Position als Minderheit mit dem Anspruch auf Autonomie, so waren sie in der ČSR widerstrebenden Loyalitätsansprüchen ausgesetzt.

In letzterem Fall standen die Slowaken vor einem Problem, das sich im deutsch-tschechischen Verhältnis der Zwischenkriegszeit sehr viel pointierter darbot: Loyalität wurde, wie Silke Sobiraj (Freiburg/Basel) in einem Referat über den Bund der Landwirte (BdL) deutlich machte, auch von den sogenannten aktivistischen Parteien der Deutschen in der ČSR in reziproker Hinsicht aufgefaßt: Dem neuen Staat wurde Loyalität nicht wie selbstverständlich entgegengebracht; Loyalität zum Staat sollte vielmehr als mögliches Ergebnis eines Entgegenkommen des Staates entstehen.

Auf die Bedeutung von kollektiver Erinnerung für mentale Dispositionen wie Loyalität machte František Svátek (Prag) in seinem Referat über die „Ereignisse von Kaaden am 4. März 1919 in der deutschen und tschechischen Erinnerung“ aufmerksam. Die Erinnerung an das Einschreiten der tschechoslowakischen Staatsmacht gegen das Verlangen des „Selbstbestimmungsrechts“ der Sudetendeutschen wurde in deren Gedächtnis durch „Erinnerungstage“ wachgehalten. Damit pflegte man eine sudetendeutsche Binnenloyalität, die der Entstehung von Staatsloyalität entgegenwirkte. Der tschechoslowakische Staat versuchte dagegen, die Erinnerung an das blutige Einschreiten seiner Organe möglichst aus der Öffentlichkeit ins Private zu verdrängen. Alle drei genannten Referate, wie auch der von Gevert Nörtemann (Herne) referierte Vergleichsfall der „Loyalität der Flamen zum belgischen Staat“, zeigten, daß nationale Loyalität zwar nicht beliebig disponibel ist, aber doch – etwa durch inszenierte kollektive Erinnerung – gelenkt werden kann.

Doch ist Loyalität, wie auf dem zweiten Teil der Tagung deutlich wurde, nie im Singular aufzufassen. Mit dem Anspruch der Nation und des Staates auf Loyalität konkurrieren andere Bindungen, seien sie territorialer Art (lokal, regional), seien sie auf das soziale Leben bezogen. Eine korporative Identität, wie sie vor allem in Institutionen entstehen kann, mag sogar wirksamere Loyalitätsansprüche stellen als die Nation und der Staat. Für den zweiten Teil der Tagung wurden drei Institutionen ausgewählt, die hoch aggregierte Loyalitäten hervorbrachten und damit in ein Konkurrenzverhältnis zum Staat bzw. zur Nation treten konnten: die Katholische Kirche, die Kommunistische Partei und die Gewerkschaften. Auf den ersten Blick scheint dies nicht für die Organisation zu gelten, die Ivan Šedivý (Prag) in seinem Referat vorstellte: die tschechoslowakischen Legionäre. Zwar wurden die militärischen Leistungen der Legionen zu einem Teil des kollektiven Gedächtnisses der Tschechen, doch war das Verhältnis der Legionen zum Staat tatsächlich nicht von Loyalität geprägt. Zumindest für den Teil der Legionäre, die Mitglieder in der *Družina* waren, besaß die tschechoslowakische Republik keine Legitimität. Die aus der Kriegserfahrung resultierende hohe Kohäsionskraft der Legionärsidee wirkte der Loyalitätsforderung des Staates entgegen.

Für die Kommunistische Partei war der Konflikt mit dem Staat als dem Garanten der bestehenden ökonomisch-politischen Ordnung programmatisch. Wie Christiane

Brenner (München) in ihrem Referat über die „Loyalitätsbezüge der KPTsch in der Ersten Republik“ zeigen konnte, war die Binnenloyalität der Partei und ihre Loyalität gegenüber der Moskauer Komintern aber nicht so dominant, daß sie andere Zusammenhänge ganz zerriß. Vielmehr bestand bis zum Ende der zwanziger Jahre und dann erneut nach 1935 zwischen den tschechischen Kommunisten und ihrem Nationalstaat eine wirksame Loyalitätsbindung. Dies verdeutlicht vor allem der Vergleich mit den deutschen Kommunisten in der ČSR, die sehr viel entschiedener die Beseitigung der bestehenden staatlichen Ordnung ins Visier nahmen.

Die Bedingung der Möglichkeit, hohe institutionelle Binnenloyalität zu erzeugen, lag, wie Thomas Weiser (Detmold) in seinem Referat über die Arbeiterbewegung in den böhmischen Ländern und in der ČSR ausführte, in der „soziokulturellen Identität“ der Arbeiter. Wo diese Voraussetzung nicht gegeben war, sondern heterogene Gruppen – Jugendliche, Frauen, ungelernte Arbeiter – das Bild der Arbeitswelt bestimmten, konnte Loyalität untereinander kaum hergestellt werden. Gerade an diese diffusen Schichten wandte sich die kommunistische Arbeiterbewegung.

Zwischen der Kommunistischen Partei und der Katholischen Kirche lassen sich im Hinblick auf das Loyalitätsproblem zahlreiche formale Analogien aufweisen, angefangen von dem extraterritorialen Führungszentrum in Moskau bzw. Rom bis hin zu der hohen Kohäsionskraft der hierarchisch organisierten Kader bzw. Priesterschaft. Damit hängt zusammen, daß beiden Institutionen im tschechoslowakischen Nationalstaat (in unterschiedlichem Maße) Illoyalität unterstellt wurde. In einem Referat zur Frage der Loyalität der katholischen Kirche (Martin Schulze Wessel) wurde versucht, die aktenkundig gewordenen Verstöße gegen das Gesetz zum Schutz der Republik von 1923 als Sonde für die Frage der Loyalität der katholischen Bevölkerung insgesamt und speziell der Priester zu verwenden. Während für die Gesamtbevölkerung zumindest in den böhmischen Ländern keine überproportionale Häufung von Vergehen und Verbrechen von Katholiken nachzuweisen ist, die auf eine illoyale Haltung zum Staat rückschließen läßt, können katholischen Priestern entsprechende einzelne Straftatbestände zugeordnet werden, die ein nach Regionen, Nationszugehörigkeit und Alter differenziertes Gesamtbild von der Staatsloyalität des katholischen Klerus ergeben.

Rekonstruiert man Loyalität ex negativo aus der aktenkundig gewordenen Illoyalität, so bleibt zwangsläufig eine Schicht von Loyalität und auch gemäßigter Illoyalität verborgen. Es bleibt das schwierige Problem, Loyalität aufzuspüren, die nicht programmatisch manifest wurde, und Illoyalität zu erkennen, die eine Haltung ohne unmittelbare Wirkung blieb. Dem Problem der gewissermaßen alltäglichen Loyalität und Illoyalität wird die nächste Tagung der Historischen Kommission am 14./15. April 2000 gewidmet sein.

Leipzig

Martin Schulze Wessel